

Region

Der Initiant gibt sich gelassen

Thun Obwohl sein Projekt am Donnerstag im Stadtrat zum zweiten Mal Schiffbruch erlitten hat, gibt sich der Initiant des Thuner Wasserzaubers betont gelassen.

Marco Zysset

Auch am Tag nach der Stadtrats-sitzung machte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) keinen Hehl daraus, dass er nicht begeistert ist über den Stadtratsentscheid vom Donnerstagabend. Das Parlament hatte nämlich entschieden, im Budget für das Jahr 2021 die Ausgaben für den Bereich Wirtschaftsförderung um 101'000 Franken zu kürzen. Das ist die Summe, die eingestellt ist, um die Lancierung des Wasserzaubers Thun mit Dienstleistungen und einem Barbetrag zu unterstützen.

«Aber», sagt Lanz, «es ist ein Entscheid des Stadtrats, und den gilt es zu akzeptieren.» Auch wenn er konkret bedeutet, dass der Wasserzauber Thun auch 2021 kaum stattfinden wird. Denn Lanz macht klar: Einen städtischen Beitrag an den Wasserzauber zu sprechen, ohne dass der Stadtrat sich dazu äussern kann, «wäre nach der langen Vorgeschichte und dem Entscheid vom Donnerstag nicht opportun».

Planung ist auf Eis

Derweil gibt sich Jürg Werren, Event-Unternehmer und Initiant des Thuner Wasserzaubers, gelassen – auch wenn der Stadtrat dem Projekt nun zum zweiten Mal die kalte Schulter gezeigt hat. «Auf unsere Planung hat dieser Entscheid eigentlich keinen Einfluss», sagt Werren. Aktuell seien sowieso alle Arbeiten mit Blick auf die Corona-Situation auf Eis gelegt. «Sollte sich die Pandemie-Situation ändern, werden wir zu gegebener Zeit die



So sieht der Wasserzauber in Zell am See aus. Ob er in Thun je sprudeln wird, ist derzeit unklar. Foto: PD

Planung wieder aufnehmen», sagt Werren – und betont: «Dann werden wir entscheiden, ob wir bei der Stadt ein konkretes Gesuch um Unterstützung in Form von Dienstleistungen und einem Barbetrag einreichen.»

Bereits das erste Mal, als der Thuner Stadtrat über den Was-

serzauber zu befinden hatte, lehnte er das Projekt ab. Damals waren die Kosten – zunächst waren 150'000 Franken pro Jahr aus der Stadtkasse für den Grossanlass vorgesehen – und der Standort auf Höhe der Casino-Ländte im Fokus der Kritik. Das Projekt hätte zu den zehn grössten mo-

bilien Wassershows in Europa gezählt.

Deshalb gingen die Wasserzauber-Macher über die Bücher, verkleinerten das Projekt und schlugen als neuen Austragungsort den Abschnitt zwischen Sinnebrücke und Göttibachsteg vor. Die Aufführung wurde in die

Nebensaison im Oktober verschoben, und gleichzeitig wurde die Finanzierung so überarbeitet, dass die Stadt nur noch einen deutlich kleineren Teil hätte beisteuern müssen: «Wir sind in Sachen Sponsoring erfreulich gut unterwegs – trotz all der widrigen Umstände», sagt Werren.

Steht die Steuersenkung auf dem Spiel?

Oberhofen Der Gemeinderat hat sich entschieden, die Gemeindeversammlung durchzuführen. Das gefällt nicht allen. FDP-Co-Präsident Max Bühler befürchtet, dass die Steuersenkung auf dem Spiel steht.

Noch im Sommer hatte sich Oberhofens Gemeindepräsident Philippe Tobler (SVP) wegen der Corona-Situation für Urnenabstimmungen anstelle von Gemeindeversammlungen starkgemacht.

Lange Zeit wollte der Kanton nichts davon wissen, dann lenkte er aber doch noch ein und ermöglichte es den kleinen Gemeinden, Abstimmungen vereinfacht durchzuführen.

Viele machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Nicht aber Oberhofen. Der Gemeinderat hat entschieden, die Gemeindeversammlung vom 16. November in der Riderbachhalle mit Schutzkonzept und -massnahmen durchzuführen. Dazu gehört beispielsweise eine generelle Maskenpflicht.

«Eine Absage der Gemeindeversammlung mit einem Wechsel zu einer Urnenabstimmung

wäre für die Gemeinde zur Folge, dass wir im Januar 2021 ohne genehmigtes Budget starten müssten und bis zum rechtsgültigen Beschluss nur noch gebundene Ausgaben tätigen können», schreibt Gemeindepräsident Philippe Tobler in einer Medienmitteilung.

Ein gefährliches Spiel?

Nicht alle werden warm mit dem Entscheid. Die Ortsparteien FDP, BDP und SP hatten sich für eine Absage starkgemacht. «Die Corona-Situation verunmöglicht eine demokratisch legitimierte Versammlung», sagt FDP-Co-Präsident Max Bühler, auch im Namen seiner beiden Kollegen an der Parteispitze, Michel Plumez und Kurt Zuppinger. Sie gehen davon aus, dass viele Bürger aus Angst vor einer Ansteckung der Versammlung fernbleiben werden. Bei der Beurteilung sei es der FDP nie um die Frage gegangen, ob eine Gemeindeversammlung möglich sei, sondern ob es sinnvoll und verantwortungsbewusst ist, eine Versammlung durchzuführen, sagt Bühler.

Er und seine beiden Co-Präsidenten stören sich aber auch daran, dass sich der Gemeinderat einfach über die Bedenken

der drei Ortsparteien hinweggesetzt hat. «Das zeugt von wenig Gespür», sagt Bühler. Er hofft, dass «der Schuss nicht nach hinten losgeht». So beinhaltet das Budget, über welches die Oberhofener zu befinden haben, eine Steuersenkung von 1,64 auf 1,59 Einheiten. Ein Schritt, denn die FDP begrüsst, sagt Bühler. Er gibt aber gleichzeitig zu bedenken: «Wenn wenig Stimmbürger anwesend sind, ist es einfacher, das Ergebnis zu beeinflussen.»

Hohe Kosten

Der Bundesrat habe die Durchführung von Gemeindeversammlungen explizit ermöglicht, verteidigt sich Gemeindepräsident Philippe Tobler. «Es ist uns klar, dass die Lage sehr volatil ist und sich die Situation – allenfalls auch kurzfristig – ändern kann.» Dies würde zu einer Neubeurteilung der Situation führen. «Wir verfügen aber über ein entsprechendes Schutzkonzept, welches in jedem Fall umzusetzen wird.»

Ohne genehmigtes Budget dürfte der Rat nur gebundene Ausgaben tätigen, führt Tobler aus. Dies gelte es zu vermeiden. «Nicht ausser Acht lassen sollte man auch die Kosten, welche

durch einen kurzfristigen Wechsel anfallen würden.» Zur Erinnerung: Im Sommer bereitete die Gemeinde eine Urnenabstimmung vor, als sie vom Kanton zurückgepfiffen wurde. Die Unterlagen waren damals bereits gedruckt.

Die Gemeindeversammlung sei zudem «zweifelsfrei demokratisch in der Hinsicht, dass die Anwesenden in ihrer Mehrheit entscheiden können». Sie sei aber zweifelsfrei nicht demokratisch bei der Repräsentation, was auch in Oberhofen zutrefte. «In der Vergangenheit hat es sich gezeigt, dass es jeweils darauf ankommt, wer im Vorfeld einer Gemeindeversammlung am besten mobilisieren kann. Leider führt dies zu einer Parteilichkeitsdemokratie», sagt Tobler. Diejenigen, die stark betroffen seien, gingen an die Versammlung.

Für den Gemeindepräsidenten ist offen, wie die Oberhofener entscheiden werden. «Es kann sein, dass einige Bürger während der Diskussion ihre Ansichten überdenken. Wie immer im Leben gilt auch hier: Les absents ont toujours tort!»

Roger Probst

Symbolisches Ja für Menschen auf der Flucht

Thuner Stadtrat Das Parlament nahm ein Postulat zu solidarischen Städten in der Asylpolitik an. Konkret ändern wird dies indes nichts. Der Gemeinderat will sich der Aufnahme Geflüchteter aber nicht verschliessen.

Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht ist in der Schweiz Sache des Bundes. Dennoch haben unlängst mehrere grössere Städte wie Bern, Basel oder Zürich signalisiert, dass sie freiwillig zusätzliche Schutzsuchende aufnehmen möchten (wir haben berichtet). Das Angebot entstand unter dem Eindruck des Brands im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos im September, durch den sich die Lage für tausende Menschen weiter verschärfte.

Die Fraktionen Grüne/Junge Grüne und SP sowie die EVP hatten bereits im Juni ein Postulat eingereicht, in dem die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten durch die Stadt angeregt wurde. Der Vorstoss wurde nun am Donnerstagabend im Stadtrat behandelt. Der Gemeinderat lehnte das Postulat ab und stützte sich dabei auf die Antwort des Bundesrats in einer Fragestunde des Nationalrats Ende September. Demnach ist eine direkte Aufnahme durch einzelne Städte «aufgrund der rechtlichen Kompetenzteilung zwischen Bund und Kantonen im Ausländer- und Flüchtlingswesen ausgeschlossen», heisst es in den Stadtratsunterlagen.

«Die Politik hat bei diesem Thema versagt»

Reto Kestenholz (Grüne) verhehlte nicht, was er von der gemeinderätlichen Antwort hält: «Es geht hier um verzweifelte Menschen. Ich bin enttäuscht, was mit diesem Postulat gemacht wurde.» Kern des Anliegen sei, das Möglichste zu tun und – zusammen mit anderen Städten – ein Zeichen zu setzen. Auch Alice Kropf (SP) befand, dass es ein Umdenken aller brauche. «Die Politik hat bei diesem Thema versagt.»

Dass Flüchtende Hilfe verdient haben, war im Parlament grundsätzlich unbestritten. «Aber wir müssen uns differenzieren damit auseinandersetzen», meinte Eveline Salzmann im Namen der SVP. Es gelte, vor Ort Hilfe anzubieten und gleichzeitig gesamteuropäische und schweizweite Lösungen zu finden. Hanspeter Aellig (FDP) erinnerte daran, dass das Geforderte nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liege.

Siegenthaler: «Wir verschliessen uns nicht»

Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler (SP) verwehrte sich gegen den Vorwurf, in Thun werde zu wenig für Flüchtende gemacht. «Wir haben mehrfach gezeigt, dass wir willens sind, die Not dieser Menschen zu lindern – etwa mit der raschen Eröffnung von Asylzentren.» Dabei müssten aber stets die gültigen Mechanismen eingehalten werden. «Wir verschliessen uns auch weiterhin nicht, Personen aufzunehmen.» Schliesslich wurde das Postulat mit 25 zu 12 Stimmen angenommen, mit 23 zu 15 Stimmen aber auch gleich abgeschrieben.

Gabriel Berger

SP wehrt sich, SVP sagt Ja

Für die SP Oberhofen kommen die Anträge auf Steuersenkungen laut einer eigenen Mitteilung «zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt». Sie lehnt die geplanten Senkungen der Steueranlage auf 1,59 Einheiten und des Liegenschaftssteuersatzes auf 1,0 Promille «entschieden» ab. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Steuererträge der Gemeinde liessen sich nur schwer abschätzen, begründet die SP. Auch sei unklar, wie lange mit Steuerausfällen aufgrund der coronabedingten Konjunkturkrise zu rechnen ist. «Eine Steuersenkung ist eine strategische Massnahme, die unsere Gemeindefinanzen nachhaltig belastet. Sie

wäre zum jetzigen Zeitpunkt und aufgrund der unsicheren Faktenlage fahrlässig und würde die gesunde Entwicklung unserer Gemeindefinanzen gefährden», schreibt die Partei weiter. Den übrigen Traktanden an der Gemeindeversammlung (Budget 2021, Abfallreglement, Reglement wasserbauliche Massnahmen Riderbach und Zuflüsse und Betriebsbeitrag an Stiftung Schloss Oberhofen) stimmt die SP Oberhofen hingegen zu. Anders beurteilt die SVP Oberhofen die Sachlage. Sie befürwortet die Steuersenkung. Auch die anderen Traktanden empfiehlt die Partei zur Annahme. (rop)